

# Für Sachsen

Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Landkreis Mittelsachsen

**DIE LINKE.**



## Unser Land braucht endlich neue Impulse

Zugegeben: Sachsen hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche finanzielle und ökonomische Entwicklung vollzogen. Das ist die Leistung aller hier lebenden Menschen. Dennoch entwickelt sich Sachsen nicht ohne Widersprüche: Seit über zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau der alten Länder. Im Freistaat selbst sind die Einkommensunterschiede gewachsen. Sachsen hat unter den neuen Bundesländern den niedrigsten Anteil von Sozialausgaben, wälzt die Finanzierung der sozialen Daseinsfürsorge auf die Kommunen ab. In keinem Bundesland ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker höher, die Dauer der Erwerbslosigkeit länger. In kaum einem anderen Land sind die Investitionen in Schule und Hochschule so niedrig wie hier. Gravierende Probleme im Land bleiben

ungelöst, die Staatsregierung verspielt so Sachsens Zukunft. Wir sind der Meinung: Es ist Zeit für eine Wende. Wir wollen, dass einmal mehr die Fenster geöffnet werden, um frischen Wind hereinzulassen. Ein neuer demokratisch-kultureller Aufbruch ist notwendig. DIE LINKE ist dabei die Partei der sozialen Frage: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt bilden die Leit motive unserer Politik. Doch wir sind auch eine Partei der Freiheit. Alle Menschen sollen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben. Wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Verantwortung tragen können. Wir wollen nicht Vormund sein. Aber wir wollen, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Uns geht es dabei nicht um uns selbst. Wir sind nicht scharf da-

rauf, Regierungsposten zu ergattern. Dass wir auch starke Opposition sein können, haben wir bewiesen. Doch wir wissen auch: Wir können besser regieren als die jetzige Regierung. Dafür benötigen wir auch Partner. Unser Angebot für einen Politikwechsel richtet sich deshalb sowohl an die Menschen im Freistaat als auch an die politischen Mitbewerber. Gemeinsam können wir den Aufbruch für Sachsen schaffen.

Allerdings: Andere Parteien fordern zwar den Politikwechsel im Freistaat, würden sich jedoch auch als Juniorpartner der Union anbieten. Wir dagegen können eine Koalition mit der CDU ausschließen. Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme, die im Zweifelsfall nicht der Lebensverlängerung der Union in der Regierung hilft. Darum möchte ich Sie bitten: Gehen Sie am

31. August zur Wahl. Und wählen Sie mit beiden Stimmen DIE LINKE. Für ein besseres Leben in Sachsen.

Rico Gebhardt



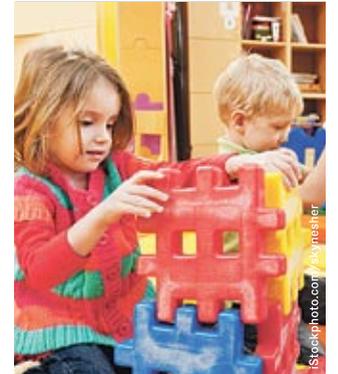
**Rico Gebhardt (51)** ist Spitzenkandidat der sächsischen LINKEN zur Landtagswahl 2014. Der gelernte Koch engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Aue und im Kreistag, bevor er 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt wurde. Seit 2009 ist er Vorsitzender der sächsischen LINKEN, seit 2012 Fraktionsvorsitzender im Landtag.

### PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind: eine Übernachtung und ein Abendessen für zwei in Aue, ein Abonnement der Zeitung *neues deutschland* und weitere Preise ...  
**Seite 8**

### Besser leben in Sachsen

Wir haben konkrete Vorschläge, wie wir den Freistaat verbessern wollen. Unsere Ziele für Sachsen finden Sie auf **Seite 2**



### Machbar und finanzierbar

Glauben Sie niemandem, der behauptet, unsere Forderungen seien nicht bezahlbar. Warum, erfahren Sie auf **Seite 2**

### Vier für den Landkreis

Unsere Direktkandidierenden stellen sich vor auf den **Seiten 3-4**

### Schülerbeförderung

Der Weg zur Schule gehört für uns zum Schulbesuch dazu. Deshalb muss dieser kostenlos sein. **Seite 5**



### Zwei Stimmen zur Landtagswahl

Was Sie mit welcher Stimme wählen, zusammengefasst auf **Seite 5**

### Kurz und knapp

Ganz konkret können wir gemeinsam mehr erreichen. Beispiele dafür stellen wir Ihnen genauer vor auf den **Seiten 6-7**



### Ganz einfach Briefwahl!

Gerade, wenn der Wahltermin am 31. August auf dem letzten Ferientag liegt, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass Sie an dem Tag keine Zeit haben, wählen zu gehen. Aber nicht nur dann ist Briefwahl eine gute Idee. Wissen Sie vielleicht

schon, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen. Der Stimmzettel kommt ganz bequem per Post zu Ihnen nach Hause. Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück. Ihnen entstehen keine Kosten. Briefwahlunterlagen erhalten Sie ganz einfach: Füllen Sie die Rückseite der Wahlbenachrichtigung aus und schicken Sie sie

zurück. Es muss kein Grund angegeben werden. In einigen Städten und Gemeinden können Sie Briefwahlunterlagen auch online bestellen. Sie können Ihre Stimmzettel aber auch direkt bei der Briefwahlstelle während der Öffnungszeiten beantragen und noch vor Ort wählen. Stimmzettel erhalten Sie etwa vier Wochen vor der Wahl. Wich-

tig ist, dass diese am 31. August spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind. Füllen Sie sie nach Erhalt einfach sofort aus und schicken Sie sie zurück. Übrigens: Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15 Uhr, im Wahlamt beantragen. Rufen Sie dann schnellstmöglich in Ihrem Wahlamt an.

## Versprochen: machbar und finanzierbar

Ja, wir wollen Geld ausgeben für Bildung, für Schulen und Hochschulen. Für soziale Belange, Kultur, Verkehr. Wir wollen Wirtschaft nachhaltig fördern und uns für die Umwelt starkmachen. Das alles kostet. Aber es sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.

Die CDU wird nicht müde zu behaupten, wir könnten nicht mit Geld umgehen, mit uns drohen neue Schuldenberge. Aber: Glauben Sie niemandem, der oder die behauptet, unsere Vorstellungen wären nicht finanzierbar. Seit 2001 stellt unsere Fraktion im Landtag alternative Landeshaushalte auf. Ohne einen Cent mehr auszugeben, als der Haushaltsansatz der Staatsregierung vorgibt, zeigen wir, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld eine andere Politik im Sinne sozialer Gerechtigkeit, der Kommunen, von Bildung und Kultur finanzieren können. Mehr als eine Milliarde Euro wurde von uns dafür im letzten Doppelhaushalt umgeschichtet.

Erblasten trägt allein die CDU: Durch verantwortungslose Spekulation hat sie dem Freistaat milliardenschwere Belastungen aufgebürdet. Allein die Rettung der Landesbank kostet uns alle bis zu 2,7 Milliarden Euro. Genauso viel Geld erhält der Freistaat übrigens in der nächsten Förderperiode der Europäischen Union aus ESF- und EFRE-Töpfen. Das heißt also, die CDU hat Geld im Gegenwert von Investitionsmitteln der Europäischen Union für Sachsen für die Dauer von sieben Jahren verbrannt. Angesichts des Investitionsstaus im Freistaat hätte man also jeden Förder-Euro ganz einfach verdoppeln können. Das Geld ist jedoch unwiederbringlich verloren. Wer kann also in Sachsen mit Geld nicht umgehen?

Klar: Sparen klingt erst einmal gut. Derzeit bildet der Freistaat Rücklagen, sitzt auf prall gefüllten Geldsäcken – auch wenn anderes behauptet wird. Gleichzeitig verschärft sich die kommunale Armut, fehlen Lehrer, Polizisten, verfällt die Infrastruktur. Das ist verantwortungslos. Angesichts von Niedrigzinsen verbrennt der Freistaat Geld: Jeder ungenutzte Euro ist nächstes Jahr weniger wert. Rund eine Milliarde Euro wären sofort verfügbar. Wir finden: Dies in das Land und seine Menschen zu investieren, ist nachhaltiger. Wir sagen: Wer Geld anders einsetzen will, handelt nicht unverantwortlich. Im Gegenteil: Er fördert die notwendige Entwicklung des Freistaates. Wir werden deshalb neue Akzente setzen. Und das ganz ohne neue Schulden, aber mit Ideen, die der CDU schon längst ausgegangen sind.



Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat wollen wir eine Politik entwickeln, die Sachsen gerecht wird, weil sie uns allen ein Leben in Menschenwürde garantiert. Und das ist nicht einfach ein so dahingehender Ausspruch. Viel zu oft agiert Politik fernab von den Betroffenen und an ihnen vorbei. Viel zu oft meinen Parteien, dass sie den Menschen sagen müssen, wie sie leben wollen. Politik muss umdenken, wie sie Politik gestalten will, integrativ, sinnvoll und nachhaltig. Dafür haben wir Ideen ebenso wie inhaltliche Arbeitsschwerpunkte. Wir wollen ein Sachsen, in dem Umwelt, Energie und Lebensqualität nicht in Widerspruch geraten. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat stärken, die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte, ihre Sicherheit weiterentwickeln und schützen. Wir wollen eine Politik für alle hier lebenden Menschen.

Unser Ziel bleibt dabei die soziale Gerechtigkeit. Sie ist dann erreicht, wenn jede und jeder ihre bzw. seine Fähigkeiten entfalten kann, sich damit in die Gesellschaft einbringen kann und bei der Verteilung aller Güter angemessen berücksichtigt wird. Wer Hilfe braucht, soll sich der Solidarität sicher sein. Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die flächendeckende Gesundheitsversorgung, ein stabiles Rettungswesen und zugehörige Verwaltungsstrukturen, die den Menschen helfen, statt sie zu bevormunden, gehört deshalb in öffentliche Hand.



Soziales und Wirtschaft sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen deshalb die weitere wirtschaftliche Ent-

# Gemeinsam für ein besseres Leben in Sachsen

Programmatische Eckpunkte zur Landtagswahl 2014

wicklung Sachsens stärken. Die Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit den in Sachsen ansässigen Unternehmen ist dabei Schlüssel für eine zukunftsfähige Industrie. Zugleich wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, weil gerade bei ihnen die Wertschöpfungsketten fast komplett in Sachsen bleiben. Um Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu erhalten, soll sich der Freistaat an der Kapitalausstattung von Firmenneugründungen und Firmen mit zeitweiligen wirtschaftlichen Problemen beteiligen können. In der Regel können gerade hier gegründete und ansässige Unternehmen nur wenig für Zahlungsverzug, der schwer zu überbrücken ist und oft das Aus bedeutet. Wir halten dabei wenig von der Förderung sogenannter Leuchttürme, die sich bei auslaufenden Subventionen auch schnell wieder aus Sachsen verabschieden.



Sachsen braucht ein Landesarbeitsmarktprogramm mit den Schwerpunkten berufliche Weiterbildung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Abbau von Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit. Der Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten soll die Vernetzung kleiner und mittlerer Unternehmen stärken.

Dabei gilt immer: Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht akzeptabel. Es ist verantwortungslos, wenn die CDU diese als Standortvorteil in Sachsen verkauft. Wir setzen weiterhin auf tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch auf einen angemessenen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ohne die Schlupflöcher, welche die große Koalition bereits jetzt plant. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll dies ebenso verbindliche Bedingung werden wie die Einhaltung von Umweltstandards.



Bildung ist für uns keine Ware, sondern ein Grundrecht. Sie darf nicht von finanziellen Zwängen abhängen und muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Wir benötigen mehr Personal in Kitas, Schulen und Universitäten. Längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein Gebot der Stunde. Wir wollen gemeinsames Lernen bis Klasse 8, eine Klassenstärke von maximal 20 Schülerinnen und Schülern, egal in welcher Klassenstufe, sowie den Ausbau der individuellen Förderangebote in der Regelschule. Diese Vorstellungen sind in Ganztagschulen am besten zu verwirklichen. Wir werden für eine demokratisch und transparent erarbeitete Schulnetzplanung sorgen. Zur Bildung gehört Sport, weshalb wir den Vereinssport fördern, Sportstätten für den Schul- und Vereinssport erhalten und ausbauen werden.

Weil es normal ist, verschieden zu sein, wollen wir die Inklusion. Das heißt, die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung zum Normalfall zu machen. Dabei werden die Unterschiede nicht verwischt oder gar ignoriert. Wir bekennen uns vielmehr gerade hier zum Ausbau individueller Fördermaßnahmen, wollen aber zugleich das solidarische Zusammenleben entwickeln.



Wir bekennen uns zum dualen System als Regelfall in der Berufsausbildung. Es muss aber ergänzt werden durch die Förderung der beruflichen Erstausbildung auch über das 25. Lebensjahr hinaus. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss brauchen wir wirkungsvolle nachholende Ausbildungsinitiativen. Denn niemand darf verlorengehen.

Die Universitäten und Hochschulen stehen in besonderer Verantwortung des Landes. Sie dürfen als Stätten der wichtigsten Innovationen nicht kleinteiliger Sparsen ausgesetzt werden. Wissenschaft und Lehre sollen frei sein. Frei von Profitorientierung, geschützt vor dem Missbrauch durch militärische Forschung. Das ist ein hohes Gut. Wir werden deshalb die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten und Hochschulen ausbauen. Und wir werden uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Lehre und Forschung sowie attraktive Arbeits- und Studienbedingungen einsetzen.

Wir setzen uns ein für eine vielfältige Kulturlandschaft, die allen Menschen zugänglich ist, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Wir treten für eine Erhöhung des Anteils der Kultur Ausgaben am Landeshaushalt ein. Steigende Personal- und Sachkosten dürfen nicht zu Lasten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abgewälzt werden.



Sachsen hat die Wahl: Und auf uns können Sie sich verlassen.

Vertiefende Informationen zu unseren programmatischen Vorstellungen finden Sie auf unserer Website [www.dielinke-sachsen.de/wahlprogramm](http://www.dielinke-sachsen.de/wahlprogramm).

Wenn Sie Fragen haben, schicken Sie uns eine Mail an [kontakt@dielinke-sachsen.de](mailto:kontakt@dielinke-sachsen.de).



Die fünf Direktkandidierenden im Landkreis: Falk Neubert, Marika Tändler-Walenta, Robert Sobolewski, Sylvia Kempe und Jana Pinka (von links)

## Einmischen für Mittelsachsen

Sylvia Kempe aus Brand-Erbisdorf mit viel sozialer Kompetenz

Sylvia Kempe – Geburtsjahr 1975 – ist Mittelsächsin mit Leib und Seele: geboren und aufgewachsen in Brand-Erbisdorf, Abitur am dortigen Gymnasium, Studium in Roßwein und Görlitz, später noch einmal berufsbegleitend in Roßwein, von 1998 bis 2007 Jugendverbandsarbeit, Sozialarbeit in der überbetrieblichen Ausbildung und Streetworking mit ständig wechselnden Trägern vor allem im Altkreis Freiberg, seit 2007 eine feste Arbeitsstelle im Jugendamt des Landkreises Mittelsachsen in Mittweida. War es in Studienzeiten das Motorrad, welches sie in Schwung hielt, sind es heute ihre Familie mit Ehemann Thomas, der erst kürzlich für DIE LINKE in den neuen Kreistag einzog, und die drei Kinder.

Studiert hat Sylvia Kempe zunächst »Soziale Arbeit« und später – wie bereits erwähnt – berufsbegleitend »Sozialmanagement«. 2004 bewarb sie sich für die PDS um einen Sitz im Kreistag des Landkreises Freiberg und scheiterte nur knapp. Aber als fachkundige Bürgerin wurde sie in den Jugendhilfeausschuss berufen und fiel durch ihren Sachverstand auf, kein Wunder bei ihrer intensiven Arbeit für die Jugendlichen vor Ort. Im Ergebnis sprang ein Honorarvertrag bei den Landkreisverwaltungen Freiberg und Mittweida heraus, aus dem nach der Landkreisreform ein fester Arbeitsplatz als Sozialplanerin mit dem Schwerpunkt Jugendhilfe wurde. Gegenwärtig beschäftigt sie sich dabei vor allem mit der Unterstützung der Kommunen bei der Planung der Kindertages-

stätten und von Angeboten für Familien. Seit 2007 pendelt Sylvia Kempe täglich von Brand-Erbisdorf über Oberschöna und Hainichen nach Mittweida und hängt an ihren Arbeitstag morgens und abends jeweils eine Stunde Fahrzeit an. Und das bei drei Kindern im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren.

Warum bewirbt sich Sylvia Kempe trotz dieser beruflichen und familiären Herausforderungen als parteilose Kandidatin für DIE LINKE? Klar ist ihr in jedem Falle, dass es fast unmöglich sein dürfte, den Platzhirsch von der CDU zu schlagen. Aber ihre Motivation erwächst daraus, den Wählern eine Alternative aufzuzeigen, dass es in Sachsen auch anders, vor allem aber besser gehen könne, als unter der Regie einer allmächtigen CDU. Diese investiere zu viel in Beton und zu wenig in Menschen. Ihre regelmäßigen Gespräche mit Bürgermeistern zeigten immer wieder die enormen Sachzwänge, denen sich die Städte und Gemeinden bei der Weiterentwicklung der sozialen Einrichtungen ausgesetzt sehen. Das werde sich mit der CDU nicht ändern, wohl aber mit der LINKEN.



## Unsere fünf Direktbewerber für den sächsischen Landtag

DIE LINKE. Mittelsachsen präsentiert sich jung und sehr weiblich

Es ist schon ein seltsames geografisches Gebilde, dem vor sechs Jahren der Name »Landkreis Mittelsachsen« zugeordnet worden ist. Im Norden ist es nicht mehr weit bis zur Elbe, im Südosten ist der Kamm des Erzgebirges mit der Grenze zur Tschechischen Republik in unmittelbarer Reichweite, im Westen grenzt unser Landkreis an Thüringen. Mit über 2 100 Quadratkilometern ist unser Landkreis nicht viel kleiner als Luxemburg. Im beschaulichen Cunnersdorf, zu Hainichen gehörig, fand man die exakte geografische Mitte Mittelsachsens.

Da nimmt es nicht wunder, dass Mittelsachsen Platz für fünf der 60 sächsischen Landtagswahlkreise hat. Dahinter verstecken sich im Wesentlichen zwei Wahlkreise im ehemaligen Landkreis

Freiberg, zwei im ehemaligen Landkreis Mittweida und einer im Altlandkreis Döbeln. Jede Partei hatte die Möglichkeit, in den fünf mittelsächsischen Wahlkreisen jeweils einen Direktkandidaten für den neuen Landtag zu benennen. Aber es ist nicht einfach, sich dort durchzusetzen, bei einer schier übermächtigen CDU. Deshalb gibt es auch die sogenannten Landeslisten, über die entsprechend dem Zweitstimmenanteil der Partei Bewerber in den Landtag einziehen können. Auf einer Landesvertreter/-innenversammlung der LINKEN schafften es Dr. Jana Pinka aus Freiberg, Marika Tändler-Walenta aus Roßwein und Falk Neubert aus Mittweida auf die Landesliste der LINKEN. Jana Pinka (seit 2009)

und Falk Neubert (seit 1999) sind bereits Mitglieder des sächsischen Landtages. Die »Nominierungskür« der mittelsächsischen LINKEN fand am 1. März in Siebenlehn statt – auf »exterritorialem« Gebiet, aber dennoch nicht allzu weit von der Mitte Mittelsachsens entfernt. Fünf Wahlkreisbewerber wurden – alle mit großer Mehrheit – von einer Gesamtmitgliederversammlung gewählt, drei Frauen und zwei Männer. Darunter neben den drei bereits genannten Bewerbern auf der Landesliste zwei weitere als Direktbewerber: Sylvia Kempe aus Brand-Erbisdorf und Robert Sobolewski aus Geringswalde. Wir stellen auf dieser und der folgenden Seite unseren Leserinnen und Lesern alle fünf vor.

## Gegen die Kriminalisierung friedlichen und gewaltfreien Protests

Falk Neubert aus Mittweida trotz den Nazis in Dresden

An dieser Stelle den Versuch zu machen, alle Stationen aus über zwei Jahrzehnten politischen Lebens von Falk Neubert aufzuzählen, hieße Eulen nach Athen zu tragen. Deshalb nur einige Stichworte: Geboren im Jahr 1974 in Dresden, verschlug es Falk nach dem Besuch der Polytechnischen Oberschule in der Wendezeit im Alter von 16 Jahren für drei Jahre in den Schwarzwald, zur Berufsausbildung als Koch. Zurückgekehrt nach Elbflorenz, absolvierte er das Abitur am Berufsschulzentrum für Gastgewerbe, wurde 1994 Mitglied der PDS und stieg im gleichen Jahr als Mitbegründer und Sprecher

der PDS-Jugend Dresden und Mitarbeiter eines Landtagsabgeordneten aktiv in die Politik ein. Von 1995 bis 1999 war er jugendpolitischer Sprecher im Landesvorstand der PDS. Im Alter von 25 Jahren wurde Falk Neubert in den Landtag gewählt, dem er bis zum heutigen Tag angehört. In der Fraktion ist er medienpolitischer Sprecher, im Landtag Obmann des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien sowie Mitglied im MDR-Rundfunkrat. Parallel zur Arbeit im Landtag absolvierte er von 2000 bis 2008 ein Magisterstudium der Soziologie und Kommunika-

tionswissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Seit 2008 ist Falk Neubert Mitglied im Präsidium des Bundesausschusses der LINKEN. 2011 wurde er zum Vorsitzenden des mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN gewählt. Falk wohnt in Mittweida und hat eine 16-jährige Tochter. Von früher Jugend an erweist sich Falk Neubert als glühender Antifaschist. In seiner Geburtsstadt Dresden hat er wesentlich seit einigen Jahren stattfindenden Mahngang auf den Spuren der faschistischen Täter initiiert. Weithin Aufmerksamkeit fand der gegen ihn und andere

engagierte Nazigezogene angestregte Prozess wegen »Störung eines Aufzugs« der Neonazis am 19. Februar 2011 in Dresden. Der Prozess zog sich mehr als drei Jahre hin, er wurde mehr und mehr zur Farce. Vor Gericht wurde durch alle Zeu- genaussagen bestätigt: Der Protest an jenem Tag blieb friedlich und gewaltfrei. Dennoch wurde Falk Neubert seiner Immunität als Landtagsabgeordneter beraubt (beeindruckend seine Rede vor dem Landtag aus diesem Anlass). Am 28. Mai wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt. Falk Neuberts Reaktion darauf: »Wir werden weiterhin, stellvertre-

tend für die vielen Menschen, die am 19. Februar 2011 friedlich gegen Nazis demonstriert haben, gegen die Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Protestes kämpfen. Das Urteil kann so nicht stehen bleiben.«





Thomas Kuse / Photographisch

## Nachhaltigkeit leben

Dr. Jana Pinka aus Freiberg –  
 Fachfrau für Energie-, Technologie-,  
 Rohstoff- und Umweltpolitik

Seit 2009 ist Jana Pinka Mitglied des Sächsischen Landtages. Innerhalb der vergangenen Jahre hat sie sich für ihre fachliche Kompetenz weit über die Linksfraktion hinaus im Landtag große Anerkennung erworben. Sie ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied des Fraktionsvorstandes, leitet in der Fraktion den Arbeitskreis Umwelt, Landwirtschaft und Landesentwicklung und ist Sprecherin für Umwelt- und Technologiepolitik.

Im Frühjahr 2011 wurde sie mit der Leitung der Arbeitsgruppe »Nachhaltige Landesentwicklung« betraut, die ein qualifiziertes Eckwertepapier der LINKEN für die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans im Jahr 2013 erarbeitete. Als Mitglied des Landtages ist Jana Pinka Mitglied in der Sächsischen Stiftung Natur und Umwelt sowie im Landesnaturschutzbeirat. Kein Wunder also, dass sie in Vorbereitung der Landtagswahlen in das sechsköpfige Kernteam der sächsischen LINKEN berufen wurde – als Fachfrau für die Themenbereiche Energie-, Technologie-, Rohstoff- und Umweltpolitik. Auf der Vertreter/-innenversammlung der sächsischen LINKEN Anfang April wurde Jana Pinka auf Platz 3 der Landesliste gewählt. Dennoch kandidiert sie in ihrem Wahlkreis auch als Direktbewerberin.

Jana Pinka hat im November des vergangenen Jahres ihren 50. Geburtstag gefeiert – in Freiberg, ihrer Geburts- und Heimatstadt. Sie ist seit 1986 verheiratet und hat zwei Kinder und ein Enkelkind.

Ihre berufliche Laufbahn begann sie 1982 als Geologiehelferin im VEB Geologische Forschung und Erkundung. Dem schloss sich in den Jahren von 1983 bis 1988 ein Studium zur Diplommineralogin an der Bergakademie Freiberg an.

1992 promovierte sie in ihrem Fachgebiet. Ihre berufliche Entwicklung nach der Wende war vor allem bestimmt von der G.E.O.S. Ingenieurgesellschaft mbH Freiberg, der Nachfolgerin des VEB Geologische Forschung und Erkundung. Vor ihrer Wahl in den Landtag arbeitete sie dort als stellvertretende Geschäftsstellenleiterin Wasser-, Energie-, Biotechnologie. Bei Jana Pinka sind berufliche Entwicklung und politisches Engagement eng miteinander verbunden. In den 1980er Jahren war sie mit dem Mandat der FDJ Abgeordnete im Kreistag Freiberg.

Seit 2004 ist sie Stadträtin der LINKEN in Freiberg, arbeitet im Technik- und Umweltausschuss und als Aufsichtsrätin der Saxonia Standortentwicklungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH Freiberg.

# DIE LINKE bietet der Jugend die besten Alternativen

Robert Sobolewski aus Geringswalde – der jüngste Bewerber

Unter allen Direktkandidierenden in den 60 Landtagswahlkreisen Sachsens der LINKEN ist Robert Sobolewski – Geburtsjahr 1987 – der jüngste. Geboren und aufgewachsen ist er in Geringswalde. Hier ging er auch zur Schule. In einer ortsansässigen Firma, die auf Analyse- und Dozieretechnik für Kraftwerke spezialisiert ist, absolvierte er bis 2007 seine dreieinhalbjährige Ausbildung zum Mechatroniker und erhielt im Anschluss daran dort einen festen Job. Den hat er bis zum heutigen Tag, und der scheint auch sicher zu sein – wenn man heutzutage von so etwas überhaupt reden kann.

Robert Sobolewski ist trotz oder gerade wegen seiner Jugend ein rundum politischer Mensch. Scherzhafterweise sagt er, ein »durch und durch politisierter Punk«. Mit dieser, in den 1970er Jahren in New York und London entstandenen Jugendkultur, verband er als Teenager zunächst einmal provozierendes Aussehen, rebellische Haltung und nonkonformistisches Verhalten. »Punker wurde ich schon im Alter von 14 Jahren, mit 15 ging es zu den ersten Demos gegen die Nazis nach Leipzig und zu linken Konzerten in die alte Schmiede, einem alternativen Schuppen in Rochlitz. Den großen politischen Durchblick hatte ich damals natürlich noch nicht.« Mit 16 wurde er Mitglied im linken Jugendver-

ein [solid] in Geringswalde, damals zog der Nazi-»Sturm 34« durch die Region. Bei [solid] ist Robert bis zum heutigen Tag einer der aktivsten Mitstreiter und reifte auch politisch.

Mehr und mehr weitete sich der politische Blick des jungen Mannes auf die ihn umgebende kapitalistische Gesellschaft. Zum Hass auf die Umtriebe der Neonazis kamen die Sorgen um die Zerstörung der Umwelt, die Bedrohung der Tierwelt und den

latenten Alltagsrassismus. Jetzt muss man sich im Kampf gegen die Gleichgültigkeit vieler Menschen engagieren, dachte sich Robert. »Ich erkannte bald, dass DIE LINKE in der Gesellschaftskritik am konsequentesten ist und der Jugend die besten Alternativen bietet.« Die Konsequenz: Vor sieben Jahren wurde er Mitglied der LINKEN. Inzwischen ist Robert Sobolewski auch ein sehr engagierter Vertreter der Linksjugend im Kreisvorstand.



Hans Weiske

## Von der Politik der LINKEN zutiefst überzeugt

Marika Tändler-Walenta aus Roßwein – von Brüssel in den Landtag?

Im Frühjahr ist Marika Tändler-Walenta 30 geworden. Im Juni hat sie geheiratet. Zwei markante Daten im Leben der jungen Frau aus dem kleinen Wettersdorf, heute zu Roßwein gehörig. Dort ist sie in einer landwirtschaftlichen Familie groß geworden – zu Hause ging es eher unpolitisch zu. Aber im Jugendhaus Roßwein und im Treibhaus Döbeln e. V. findet sie als junges Mädchen erste Anlaufstellen, über die sich ihre antifaschistische Grundhaltung herauszubilden beginnt.

Marika Tändler-Walenta geht zum Studium der Soziologie nach Leipzig und bewirbt sich anschließend bei der Delegation DIE LINKE – ihre linke Haltung ist da bereits ausgeprägt – für ein Praktikum im Europäischen Parlament. Aus einem dreimonatigen Praktikum wird ein dreijähriges Engagement, zuletzt als Assistentin im Europa-Büro von Lothar Bisky in Brüssel, bis der im August des vergange-

nen Jahres viel zu früh verstarb. Alle drei Jahre in Brüssel mit vor Ort und mehrsprachig aufwachsend: das sechsjährige Töchterchen Charlotte. Inzwischen pendelt Marika Tändler-Walenta zwischen Wettersdorf in Mittelsachsen und Brüssel und engagiert sich hierzulande beispielhaft für DIE LINKE.

Im November des vergangenen Jahres wurde sie in den neuen Kreisvorstand gewählt, bei den Kommunalwahlen am 25. Mai in den Stadtrat von Roßwein: den Einzug in den mittelsächsischen Kreistag verpasste sie knapp. Auf dem Bundesparteitag der LINKEN im Mai bewarb sich Marika für den Bundesvorstand und wurde – vor allem dank einer beeindruckenden Bewerbungsrede – gewählt.

Auch ihre wissenschaftliche Fortentwicklung hat Marika Tändler-Walenta im Auge. Sie wird an der Universität Leipzig – der nach der Wende leider

der Name »Karl Marx« abhandengekommen ist – zur Rolle der Massenmedien im NSU-Prozess promovieren.

Vor allem aber engagiert sich Marika nach ihrer Rückkehr in die Heimatregion dafür, dass einerseits mehr für die Jugend getan wird und sich andererseits die jungen Menschen besser ihrer Rechte bewusst werden und diese einfordern. Dabei hat sie im linken Jugendverein [solid], dem AJZ Leisnig und dem Treibhaus Döbeln gute Verbündete gefunden.



# Kurze Wege für kranke Beine

Fast zwei Jahre nun schon ist die Zukunft des Krankenhauses in Frankenberg ungewiss. Ärgerlich für die Patienten, die lange Fahrtzeiten zum nächsten Krankenhaus auf sich nehmen müssen. Ärgerlich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die

immer noch nicht wissen, ob sie bei ihrer alten Dienststelle wieder anfangen können. Ärgerlich für den Landkreis Mittelsachsen, da eine medizinische Versorgungslücke besteht. Der Kompromiss des damaligen Kreistages war ein wichtiger

Schritt in die richtige Richtung: der Kauf der Immobilie durch die Stadt Frankenberg und eine anschließende Sanierung. Doch seitdem herrscht faktisch Stillstand. Ideen und Konzepte wurden ausgetauscht, aber zur Umsetzung kam es bis jetzt noch nicht. Da gefiel der einen Seite dieser Aspekt nicht, und dann wollte die andere Seite jenen Passus nicht. Dies geht natürlich alles zu Lasten der Patienten und ihrer Angehörigen. Den Wunsch der Stadt Frankenberg, das Krankenhaus in ein Gesundheitszentrum umzuwandeln, unterstützt DIE LINKE ausdrücklich. Die Kreistagsfraktion der LINKEN hatte sogar ein eigenes Konzept erstellt, um dies umzusetzen, nachdem die Verhandlungen ins Stocken geraten waren. Neben der Stadt, den niedergelassenen Ärzten und der Krankenhausgesellschaft LMK sollten auch die Vereinigten Gesundheitseinrichtungen Mittelsachsen (VGE) als Partner mit ins Boot geholt werden. Damit ließe sich eine flächendeckende Gesundheitsversorgung aufbauen. Aber auch hier verlaufen die Verhandlungen zäh, und ein Ende ist nicht in Sicht. Und

damit auch kein Neuanfang des Krankenhauses in Frankenberg. DIE LINKE wird sich deshalb auch zukünftig sowohl von der kommunalen als auch von der Landesebene aus dafür starkmachen, dass der Krankenhausstandort in Frankenberg erhalten bleibt. Dazu muss zum einen der Freistaat wieder mehr Geld in die Krankenhausförderung stecken und sich nicht, wie er es jetzt gerade tut, immer mehr zurückziehen und weniger zahlen. Auch die Förderung von Landärzten und der flächendeckende Einsatz von Gemeindschwestern wären sehr hilfreich für so einen großen Flächenlandkreis wie Mittelsachsen. Anträge, die DIE LINKE in den letzten Jahren im Landtag immer wieder gestellt hat, die aber von der CDU/FDP-Mehrheit abgelehnt wurden. Aber auch die kommunale Ebene muss sich endlich rühren und die Verhandlungen zu einem positiven Ende bringen. Damit die Bürgerinnen und Bürger von Frankenberg sowie die aus dem Umfeld endlich wieder eine medizinische Grundversorgung vor Ort haben. Kurze Wege für kranke Beine eben!



## Wie wird zur Landtagswahl gewählt?

Die Sächsische Landesverfassung schreibt vor, dass der Landtag aus mindestens 120 Abgeordneten besteht. Von diesen 120 werden 60 Abgeordnete von den Wählerinnen und Wählern in ihrem Wahlkreis direkt in den Landtag gewählt. Die Direktkandidatinnen und -kandidaten wählen Sie mit Ihrer Erststimme. In den Landtag zieht die Direktkandidatin oder der Direktkandidat ein, die oder der die meisten Erststimmen auf sich vereinigen kann. Hierfür reicht also die relative Mehrheit. Über die Größe der Fraktionen und damit über die Zusammensetzung des Landtages entscheiden Sie jedoch mit Ihrer Zweitstimme. Mit dieser wählen Sie die Partei. Alle Parteien, die mehr als fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, ziehen in den Sächsischen Landtag ein. Gemäß ihrem Zweitstimmenanteil werden die Sitze im Landtag verteilt.

Gewinnen mehr Direktkandidatinnen und -kandidaten einer Partei ihren Wahlkreis, als der Partei nach Zweitstimmen zustehen würde, so dürfen diese trotzdem in den Landtag einziehen. Das sind sogenannte Überhangmandate. In Sachsen werden diese ausgeglichen. Das heißt, die anderen Parteien erhalten jeweils zusätzlich so viele Sitze, dass die Größe Ihrer Fraktion dem Zweitstimmenergebnis entspricht. Aktuell sitzen deshalb 132 Abgeordnete im Sächsischen Landtag.

Das heißt also: Mit der Zweitstimme machen Sie die Partei stark, die Sie im Landtag vertreten soll. Mit der Erststimme schicken Sie die Abgeordnete oder den Abgeordneten aus Ihrem Wahlkreis in den Landtag. Unser Tipp: Wählen Sie einfach mit beiden Stimmen DIE LINKE. Denn wir sind Ihre Sozialversicherung im Landtag.

## Gregor Gysi kommt:

am 14. August 2014  
16 Uhr nach Freiburg  
Mehr dazu in der  
Tagespresse und unter  
[www.dielinke-mittelsachsen.de](http://www.dielinke-mittelsachsen.de)



# Schülerbeförderung muss kostenlos werden

Der Elternanteil am Schülerticket ist in den letzten Jahren von 80 Euro auf 145 Euro gestiegen. Warum?

In den Jahren seit der Wende hat der Freistaat Sachsen 1 126 von 2 491 Schulen geschlossen. Das Ergebnis ist, dass unsere Kinder einen Schulweg auf sich nehmen müssen, der dem Arbeitsweg der Eltern kaum noch nachsteht. Das kostet sehr viel Kraft, Zeit und natürlich Geld. Nur, das Geld, das sich das Land hier spart, müssen nun die Landkreise und die Eltern zahlen, weil ja die Kinder zur Schule fahren müssen. Die meisten von uns wissen um die Preisentwicklung an den Tankstellen. Genauso entwickeln sich auch die Kosten für die Schülerbeförderung. Das Land schießt einen Anteil zu. Den Rest müssen der Landkreis und auch die Eltern aufbringen. Erst im Februar stand bei der Landrätekonzferenz (Mehrheit CDU) der Elternanteil dieser Kosten auf der Tagesordnung. Es erfolgte eine Ablehnung der Forderung nach Übernahme durch das Land mit folgender Begründung: »Die Landrätekonzferenz hält es für wichtiger, zusätzliche Mittel dafür einzusetzen, das Angebot im ÖPNV auch künftig weiter in der derzeitigen Form erhalten zu können bzw. dieses auszubauen, als eine Kostenfreiheit der Eltern und Schüler zu erreichen.«

So denken unsere Landräte. Das zur Verfügung gestellte Geld reicht nicht einmal für den ÖPNV. Der Landkreis muss ständig höhere Mittel zuschießen. Da verwundert es nicht, dass die jährlichen Anträge der LINKEN Kreistagsfraktion, den Elternanteil zu reduzieren bis hin zum Wegfall, von eben diesen CDU-Mehrheiten regelmäßig abgelehnt werden. Und auch auf Landesebene werden die Anträge der Opposition, den Landesanteil der Schülerbeförderungskosten zu heben bzw. ganz zu übernehmen, von CDU und FDP regelmäßig abgelehnt. Erst jetzt wieder im Mai haben die Regierungsfraktionen einer Entlastung der Eltern eine Absage erteilt – während die FDP überall in den Gemeinden mit der Forderung nach kostenloser Schülerbeförderung Wahlkampf betrieben hat. Interessant ist auch die Bemerkung über zusätzliche Mittel für den ÖPNV. Bisher versickerten diese immer in den Ballungsräumen. Der ländliche Raum ist hier in den letzten Jahren beständig sehr schlecht gestellt.

Als im Dezember des Jahres 2010 die Aufgabe der Schülerbeförderung komplett an den ZVMS übertragen wurde, lehnte unsere Fraktion dies im Kreistag ab. Wir begründeten diese Ablehnung unter anderem damit, keine Kostenkontrolle mehr zu

haben. Genau dies bemängeln plötzlich die Fraktionen, die damals diesen Beschluss mehrheitlich ermöglichten.

In nur zwei Jahren sind die Kosten für die Schülerbeförderung um zehn Prozent gestiegen. Dies führte jedoch nicht zum Umdenken bei den Mehrheiten im Kreistag. Unser Veto im Gremium wurde abgelehnt. Deshalb forderten wir im Rahmen der Haushaltsdiskussion im Februar 2013, den Elternanteil jährlich um 25 Prozent zu verringern, bis zum Punkt Null nach vier Jahren. Wir brauchen wohl nicht verraten, wer unserem Antrag die 48 Gegenstimmen beschert hat. Als wir dann einen Antrag ein-

brachten, den Landrat zu beauftragen, die nötigen Mittel beim Land einzuholen, horchten die anderen Fraktionen plötzlich auf und brachten ähnliche Anträge in den Kreistag ein. Da es unser Grundanliegen ist, haben wir diesen natürlich zugestimmt. Nur, das Ergebnis dessen ist der Beschluss der Landrätekonzferenz. Nun beißt sich die Katze selbst in den Schwanz und rennt wimmernd um den Stuhl der CDU. Und in den Jahren der Ignoranz der regierenden Mehrheit fahren unsere Kinder auf unsere Kosten und vergeuden ihre Freizeit mit Busfahren.

*Sabine Lauterbach, Kreisrätin*



## Wir wollen Innovatives fördern

Soziale Gerechtigkeit und eine funktionierende Wirtschaft sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, denn es ist klar: Alles, was wir ausgeben wollen, müssen wir zunächst erarbeiten. Sachsen hat gerade in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich sächsische Wirtschaft vor allen Dingen als »verlängerte Werkbank«. Was fehlt, ist eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat.

Wir wollen das ändern, indem wir verstärkt auf die Innovationsfähigkeit der hier ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen. Der Freistaat kann sich hier beim Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten sowie bei der Stärkung der Vernetzung der Unternehmen untereinander engagieren. Daneben soll sich das Land auch an der Kapitalisierung von innovativen Unternehmensgründungen beteiligen können. Eine gezielte Landesförderung zur Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen und ein Landesprogramm zur Fachkräftesicherung werden wir aufbauen.

Von Arbeit muss man leben können. Deshalb wenden wir uns gegen die vorherrschende Niedriglohnstrategie und setzen uns dafür ein, das Vergabegesetz zu überarbeiten. Öffentliche Aufträge werden dann nur noch an Unternehmen vergeben, die Sozial- und Umweltstandards einhalten.

### Weitere Informationen

Haben wir Sie neugierig gemacht? Wollen Sie weitere Informationen über unsere Arbeit und unsere Positionen zur Landtagswahl? Natürlich ist in einer solchen Zeitung nie genug Platz dafür, all unsere Positionen darzustellen. Im Internet finden Sie deshalb weitere Informationen und wichtige Termine im Landtagswahlkampf.

Besuchen Sie uns auf unserer Website unter [www.dielinke-sachsen.de/landtagswahl](http://www.dielinke-sachsen.de/landtagswahl)

Haben Sie kein Internet? Kein Problem. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, kontaktieren Sie uns einfach postalisch. Schreiben Sie an:

DIE LINKE, Sachsen  
Kleiststraße 10 a  
01129 Dresden



Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten sozialen Standards. Wir nehmen nicht hin, dass der Anteil von Armut betroffener Menschen in Sachsen zugenommen hat und weiter wächst. Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Mehr als ein Viertel der sächsischen Kinder ist von Armut betroffen, was deren Lebensperspektive von vornherein belastet und die

Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung verstärkt. Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab und verschärft so deren finanzielle Notlage. Immer mehr Landesaufgaben werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen, ohne dass diese vom Freistaat dafür ausreichende Ausgleichszahlungen erhalten. Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch

zu agieren. Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird dabei gerade in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. Wir wollen deshalb den Anteil an Sozialausgaben im Landeshaushalt erhöhen. Insbesondere die Betreuung älterer Menschen muss angesichts einer alter werdenden Gesellschaft sichergestellt werden. Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen und sind

davon überzeugt, dass Schulen, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, genauso wie stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, in staatlicher Hand bleiben müssen. Statt den Schaden zu beräumen, wenn er eingetreten ist, wollen wir präventive Maßnahmen unterstützen. Deshalb wollen wir eine angemessene öffentliche finanzielle Förderung von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen zur Umsetzung des Prinzips Hilfe zur Selbsthilfe erreichen.

## Jene fördern, die uns täglich helfen

Stellen Sie sich vor, es brennt, und keiner kommt löschen. Sie brauchen ärztliche Hilfe, aber die bekommen Sie erst nach einer gefühlten Ewigkeit. Sie rufen die Polizei, und es kommt keine. Unvorstellbar? Die sächsischen

freiwilligen Feuerwehren kämpfen mit Nachwuchsproblemen. Die Berufsfeuerwehren – wie aktuell in Leipzig – haben mit Personalnotständen zu kämpfen. Durch den Rückzug des Freistaates aus der Fläche ver-

längern sich Rettungszeiten. Immer häufiger braucht medizinische Hilfe länger als gesetzlich vorgeschrieben. Derzeit gehen mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand, als eingestellt werden. Es steht die Frage im Raum, ob die Polizei heute noch alle ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Diese Situation kann im Zweifelsfall Menschenleben kosten. Genau deshalb muss sich die Situation grundlegend ändern. Wir setzen uns für eine angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche in allen Regionen in Sachsen ein. Deshalb brauchen wir jährlich mindestens 500 neue Polizeibeamte, um die Altersstruktur in der Polizei positiv zu verändern. Um künftig ein Mindestmaß an öffentlicher Sicherheit zu gewährleisten, setzen wir

uns ein, dass in jeder Gemeinde mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle vorgehalten wird. Im Rettungswesen wollen wir ein engmaschiges Netz dezentraler Rettungswachen erhalten und ausbauen. Die derzeit begrenzten Spielräume der Kommunen als Träger der Rettungsdienstleistungen wollen wir erweitern und für deren auskömmliche Finanzierung durch das Land sorgen. Für die Feuerwehr streben wir die Bildung hauptamtlich besetzter Unterstützungseinheiten an, welche gemeindeübergreifend die örtlichen Feuerwehren unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in freiwilligen Feuerwehren wollen wir würdigen und setzen uns u. a. für eine Feuerwehrrente in Höhe von 100 Euro ein.



## Mobil sein in Stadt und Land

Mit Bus und Bahn zum Arzt, zum Einkaufen, in die Schule, ins Kino oder einfach nur zu Freunden: Was in den Großstädten in Sachsen möglich ist, wird im ländlichen Raum immer mehr zum Problem. In vielen

Orten im Freistaat hält der Bus nämlich nur noch zwei- oder dreimal am Tag. In den Ferien – also ohne Schulverkehr – wird es noch weniger. Viele Menschen sind aber auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Sie haben kein Auto, dürfen noch nicht oder können nicht mehr mit dem eigenen Kraftfahrzeug unterwegs sein. Dann wird jedoch auch der kleine Abstecker in den nächsten Ort zur schwer zu bewältigenden Tagesaufgabe. Der Weg zur Arbeit lässt sich damit kaum realisieren. Die Attraktivität des Freistaates als Lebensraum nimmt dadurch natürlich ab.

Das wollen wir ändern. Wir sind der Überzeugung: Ein kostengünstiges und barrierefreies Angebot an Bus und Bahn gehört zu einem attraktiven Lebensumfeld dazu. Unser Ziel ist es, in ganz Sachsen gute Anbindungen, schnelle Verbindungen und ein aufeinander abgestimmtes Umsteigesystem zu verwirklichen. Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern muss dabei in jedem Falle kostenfrei werden, denn der Weg zur Schule gehört für uns zum Schulbesuch dazu. Die Angebote und Möglichkeiten von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr und Car Sharing wollen wir at-



traktiv und flächendeckend weiterentwickeln. So wollen wir den Menschen im Freistaat eine Perspektive eröffnen, auf das bisher unverzichtbare eigene Auto auch mal verzichten zu können.



# Wir wollen die Regierung stürzen ...

Es sind viele Dinge, die in Sachsen schief laufen: geschlossene Jugendclubs, ein rückständiges Schul- und Benotungssystem, fehlende Mitbestimmung, viel zu viele Nazis, patriarchale Strukturen, Überwachung, kaum Fortschritte in der Inklusion, Leistungsdruck und vieles mehr. Doch wir können mehr als nur fassungslos die Köpfe schütteln: Wir laden dazu ein, gemeinsam mit uns – ob auf der Straße oder vor dem Laptop, ob als Gruppe oder einzeln, ob als Mitglied oder Sympathisant/-in, ob geschlossen oder in freier Assoziation – grundsätzliche Kritik mit dem zu verbinden, was im Kleinen den Freiraum für das Große erweitert. Denn wir wollen raus aus der Lethargie, raus aus der Mitte und hinein ins schöne Leben!

Wir haben uns als Jugendverband zusammengeschlossen, um die Verhältnisse in Sachsen zum Tanzen zu bringen. Das wollen wir nicht nur auf der Straße, im Wohnzimmer oder im Verein, sondern auch im Parlament. Deswegen haben wir ein eigenes Landesjugendwahlprogramm geschrieben, in dem unsere Forderungen für die Landtagswahl ausgeführt wer-



**... und noch viel mehr!**

**Auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen kandidieren (v. l. n. r.) Anja Klotzbücher, Anna Gorskih, Werner Kujat, Marco Böhme, Tom Rumberger und Marie Wendland.**

den. Aber nicht nur ein eigenes Programm können wir bieten: Sechs junge Kandidat/-innen stehen auf der Liste der sächsischen LINKEN für den Landtag,

um unsere Forderungen auch ins Parlament zu tragen. Es geht um faire Bezahlung, wenn man schon arbeiten muss. Darum, dass du dir ein

Ticket für den ÖPNV leisten – oder in Zukunft sogar darauf verzichten – kannst, damit du möglichst schnell von Arbeit, Schule, Verein oder Familien-

treffen zum nächsten Planschbecken kommst. Darum, dass alle die Zeit am See genießen können und von Sexismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen verschont bleiben. Darum, dass du über deine Erlebnisse kommunizieren kannst, ohne überwacht oder ausgespäht zu werden. Was du am See zu dir nimmst, soll deine eigenverantwortliche und reflektierte Entscheidung sein, und du sollst keine Angst vor möglichen Repressionen haben. Wir möchten, dass es in Sachsen keine Angst, keine Diskriminierung, keine Verzweiflung und keine Nazis mehr gibt. Wir wollen, dass es mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung und mehr soziale Gleichheit gibt. Wir wollen Sachsen ökologischer, freier und moderner machen. Dafür haben wir in unserem Landesjugendwahlprogramm ganz konkrete Vorschläge. Diese Vorschläge sind zu diskutieren und sicher auch zu verbessern, aber wir wollen sie auch umsetzen – und zwar mit dir! Alle Infos, unsere Forderungen und Kandidierenden findest du auf unserer Website.

[www.linksjugend-sachsen.de](http://www.linksjugend-sachsen.de)

## Besser lernen

Sachsen ist stolz auf sein Bildungssystem. In den PISA-Umfragen belegt der Freistaat immer wieder obere Plätze im Vergleich der Bundesländer. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeichnet ein anderes Bild: Immer mehr Schülerinnen und Schüler erlangen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Der Anteil lag 2013 bei rund 10,4 Prozent. Also mehr als jede zehnte Schülerin, mehr als jeder zehnte Schüler dieses Jahrgangs blieben ohne Abschluss. Die Zukunftschancen der Betroffenen sind damit mehr als gefährdet. Sachsens Bildungssystem arbeitet zudem an der Leistungsgrenze: So konnten in diesem Jahr die Schulbescheide an die Eltern erst verspätet versendet werden, weil nicht klar war, ob am 1. September vor jeder Klasse auch eine Lehrkraft stehen würde. Im Hau-Ruck-Verfahren versuchte die Staatsregierung, die Lücken zu schließen,

und lobt sich nun dafür, mehr Lehrkräfte als geplant anzustellen. Die Wahrheit ist allerdings: Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer, die in Rente gehen, werden überhaupt ersetzt. Und das bei steigenden Schülerzahlen. Das muss sich ändern. Sachsen kann es sich nicht leisten, einen großen Teil seiner Jugend einfach abzuhängen. Wir wollen deshalb längeres gemeinsames Lernen in kleineren Klassen und eine Förderung von Leistungsschwächeren in den Schulen. Wir wollen mehr Lehrkräfte einstellen, um das Schulsystem insgesamt zu entlasten und Leistungsdruck bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei den Lernenden zu reduzieren. Wir wollen auch die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges stärken, jungen Menschen ohne Schulabschluss die nachträgliche Qualifikation ermöglichen und auch späte Berufsausbildung nach dem 25. Lebensjahr vereinfachen.



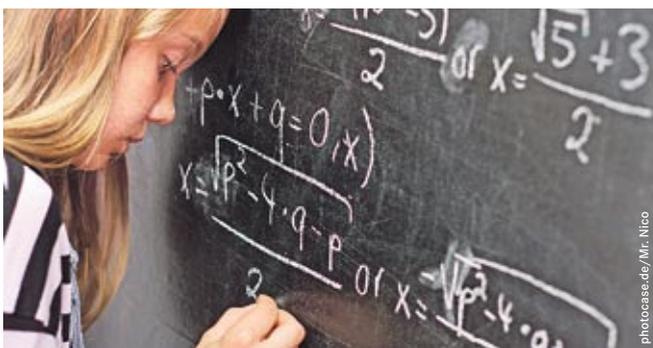
## Sachsens Hochschulen fit machen für die Zukunft

Ab 2015 will der Bund die Kosten für das BAföG komplett übernehmen. Dadurch entsteht den Ländern ein finanzieller Spielraum, allein in Sachsen beträgt dieser 85 Millionen Euro. Sinnvollerweise könnte man dieses Geld nun in die Hochschulfinanzierung stecken.

Sachsens Hochschulen haben von jeher eine unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung. So wurden seit 1995 die Betriebskostenzuschüsse für die Hochschulen nicht erhöht. Mehrkosten tragen sie mittlerweile aus ihrem Globalhaushalt. Aktuell stehen 1042 Personalstellen auf der Streichliste. Landesweit regt sich Widerstand dagegen.

Doch statt die Chance zu nutzen, die Mittelausstattung der Hochschulen zu verbessern, legt die Staatsregierung einen »Zukunftsfonds« auf: Zwei Drittel der freiwerdenden Mittel fließen da hinein, der Rest geht den Hochschulen verloren. Und selbst mit diesem Geld können die Hochschulen keine Lücken in ihrem Haushalt stopfen: Finanziert werden dürfen Erstaussstattung, Großgeräte und vieles mehr, was möglichst nichts mit der Grundfinanzierung des wissenschaftlichen Betriebes zu tun hat. Wir wollen deshalb Alternativen zu dieser Hochschulpolitik schaffen: Um die personelle und technische Ausstattung

und die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, wollen wir die staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts erhöhen. Die geplanten Personalkürzungen wollen wir unverzüglich zurücknehmen. Die Studentenwerke wollen wir wieder finanziell bedarfsdeckend ausstatten. Wir werden uns für den Erhalt der Volluniversitäten stark machen und dafür die Fächervielfalt an den Hochschulen zu bewahren. Hochschulen bilden eine wichtige Grundlage der Innovationsfähigkeit Sachsens. Der Freistaat kann es sich nicht leisten, seine Hochschulen finanziell ausbluten zu lassen.



# Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,



Sachsen ist ein schönes Land. Ich komme gern hierher, genieße die Landschaft, die Kultur, die Herzlichkeit der Menschen. Sachsen hat viel erreicht. Das ist die Leistung aller hier Lebenden.

Umso mehr ärgere ich mich jedes Mal über die Selbstherrlichkeit der hiesigen CDU. Seit fast 25 Jahren herrscht

diese Partei in diesem Land. Bundesweit macht sie mit ihrem ganz speziellen Verständnis »sächsischer Demokratie« Negativschlagzeilen. Den Menschen im Freistaat bietet sie eine Strategie der Niedriglöhne und verkauft Einkommen, von denen man nicht leben kann, auch noch als Standortvorteil. Vom Familienbild will ich erst gar nicht anfangen zu schreiben.

Ich will nicht akzeptieren, dass eine Partei ein Land als ihren Besitz ansieht. Das Land gehört den Menschen, die dort leben. Sie sollen es gestalten können, statt einfach regiert zu werden. Ich will eine Perspektive für alle Menschen im Freistaat, für ein besseres Leben in Sachsen.

Und genau das haben Sie jetzt in der Hand. Gegen die Tristesse und das Einerlei der sächsischen Staatsregierung gibt es ein einfaches Mittel.



Natürlich können Sie auch an andere Parteien denken. Aber wenn Sie für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West sind, müssten Sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Ich bitte Sie: Gehen Sie am 31. August zur Landtagswahl und machen Sie DIE LINKE stark. Auch im Bundesrat brauchen wir andere Stimmen aus Sachsen. Nach 25 Jahren können Sie in Sachsen etwas Neues versuchen.

Ihr  
*Gregor Gysi*

## Spenden

DIE LINKE engagiert sich für den Politikwechsel in Sachsen. Wir wollen in Sachsen einmal mehr das Fenster öffnen und frischen Wind hereinlassen. Bis zum 31. August sind wir überall im Land unterwegs, um von unseren Positionen zu überzeugen.

Doch der Wahlkampf kostet natürlich auch Geld. Wir wollen dabei unabhängig bleiben von großen Unternehmen und Banken. Deshalb würden wir uns über Ihre Spende freuen. Das geht ganz einfach.

Konto: 2 719 901 002  
BLZ: 850 900 00  
Verwendungszweck: Wahlkampfspende

[www.dielinke-sachsen.de/spenden](http://www.dielinke-sachsen.de/spenden)

Jetzt für iOS und Android:

## Die nd-App



[www.neues-deutschland.de/app](http://www.neues-deutschland.de/app)



neues deutschland  
DRUCK VON LINKS

austral. Ureinwohner	Eichmaß	Sache (lat.)	Verständnisaufruf	Klostervorsteher	Holzblasinstrument	Fenstervorhang	dummer Mensch (ugs.)							
Bergmannsuniform	9					Partytanz	Gartenblume							
Zensur			Dauerbezug von Zeitungen		2	3								
Wanderpause		12	Suppenschüssel											
Strom i. Afrika			Seeferelle	2	8	1 5	14							
ind. Bundesstaat				5 1	3	4 8	Kinderbuchgestalt bei Kästner							
gedankl. Gehalt	6			7	6 3	2 4	Satz von Dingen							
Wildpflege		LINKE-Spitzenkandidat		3 4	2 5	8 7								
				8 2	4 7	3	Leipziger Bier-spezialität							
				8	4	3	Kartenspiel							
				7 3	2	4	Ausgang (engl.)							
engl. Musical-Komponist	Gewinner	türk. Titel	Das Für Staats-haushaltsplan	1	Barockbau in Dresden	Zeremonie	Nordosteuropäer							
					asiat. Meerrettich Folge		7							
							randlose Kopfbedeckung							
							4							
Redekunst	11					Handlung								
						Zahl								
altord. Prosa			Schwimmvogel											
Bruder d. Falmir			ital. Autor			Tag (span.)	jap. Urbevölkerung							
	5	Backmasse												
						Einfall	13							
Berliner Spitzname			Nischstadt	10										
Gattung							TROLL							
		Nebenfluss der Maas				jap. Friedensnobelpreisträger								
<b>Lösungswort</b>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

## Preisrätsel

### Zu gewinnen:

■ Rico Gebhardt lädt in seine Heimatstadt Aue ein: eine Übernachtung für zwei Personen mit gemeinsamem Abendessen, gerne auch mit Besuch eines Heimspiels »seines« Vereins Erzgebirge Aue.



■ ein Halbjahresprint-abonnement von »neues deutschland« im Wert von 200 Euro

■ fünf Strandsets DIE LINKE mit Sonnenbrille, Sonnencreme und Badehandtuch

■ fünf Umhängetaschen »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf T-Shirts »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf Sonderedition-Image-Plakate der Partei DIE LINKE

Die Lösung bitte bis zum 1. September 2014 einsenden an: DIE LINKE, Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Impressum: Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Landkreis Mittelsachsen, Auflage: 55 000  
Redaktionsschluss: 26. Juni 2014  
Herausgeberin: DIE LINKE, Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden  
Telefon: 03 51 / 85 32 70  
[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)  
V.i.S.d.P. Antje Feiks. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.  
Layout und Satz: DiG / TRIALON  
Druck: Dresdner Verlagshaus Druck GmbH